

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Sitzung: Donnerstag, 05.09.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:35/19.35 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Frank Flake - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Christian Bley - Die Fraktion P²

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE bis 19.00 Uhr

Herr Christoph Bratmann - SPD

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Matthias Disterheft - SPD bis 18.30 Uhr

Frau Beate Gries - B90/GRÜNE

Frau Annegret Ihbe - SPD

Herr Thorsten Köster - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Herr Stefan Wirtz - AfD ab 16.25 Uhr

Herr Mathias Möller - FDP

Frau Anneke vom Hofe - bis 15.50 Uhr

Herr Manfred Dobberphul - SPD ab TOP 37

Gäste

Frau Nadine Alken – FB 32

Herr Werner Bachmann - Geschäftsführer

Herr Oliver Düber - FB 32

Herr Henning Fischer – Rödel & Partner

Herr Henning Grandes – Jägerschaft e.V.

Frau Hoffmann-Schneider – Ref. 0150

Herr Dirk Hornemann – LK Peine

Herr Klaus Hornung – RefL. 0610

Frau Katrin Klitzke – FB 67 ab 16.20 Uhr

Herr Heinrich Knobloch – FB 67

Herr Matthias Koch – Rödel & Partner
Frau Kristina Kophal – Ref. 0200 ab 16.00 Uhr
Frau Christiane Kretschmer - Ref. 0200 ab 16.00 Uhr
Herr Ulrich Lipinski – Ref. 0610
Herr Lutz Paschen - FBL 32
Herr Thomas Pust – Ref. 0300
Herr Frank Schultz – Ref. 0200 ab 16.10 Uhr
Frau Claudia Sturmat – Ref. 0200
Herr Frank Tristram - Ecolibro
Herr Achim Wycisk – Ref. 0140

Verwaltung

Herr Claus Ruppert - Dezernent II
Herr Christian Geiger - Dezernent VII
Herr Markus Schlimme – FBL 20
Herr Henning Sack – FBL 10
Herr Dr. Bernhard Niehoff – RefL. 0200
Frau Corinna Erichsen – GPR
Herr Matthias Heilmann – FB 20
Herr Thomas Meyer – GPR

Protokollführung

Frau Christiane Schmidt – FB 10
Frau Martina Albers – FB 10
Herr Nils Roßmann – FB 20

Abwesend

Mitglieder

Frau Heidemarie Mundlos - CDU Abwesenheit

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1 Eröffnung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

13 Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

14 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2019

15 Mitteilungen (Personal)

15.1 Personalkostenhochrechnung Juli 2019

19-11393

15.2	Präventionsmaßnahmen zur Reduzierung von Gefährdungen an Feiertagen und bei Festen	19-11366
15.3	Nebentätigkeiten, Befristungen, Fluktuation	19-11594
16	Anträge (Personal)	
16.1	Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle	19-09970
16.1.1	Änderungsantrag: Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle	19-11208
16.1.2	Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle	19-09970-01
17	Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände	19-10597
17.1	Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände	19-10597-02
18	Zulassungskriterien für die Weiterqualifizierung im Feuerwehrbereich	19-11418
19	Anfragen (Personal)	
19.1	Dienstherrenwechsel zu anderen Kommunen	19-11557
19.1.1	Dienstherrenwechsel zu anderen Kommunen	19-11557-01
19.2	Versagung, Aufhebung waffenrechtlicher Erlaubnisse - Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit	19-11551
19.2.1	Versagung, Aufhebung waffenrechtlicher Erlaubnisse - Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit	19-11551-01
19.3	Fahrgemeinschaften fördern, den Umweltschutz fördern	19-11357
19.3.1	Fahrgemeinschaften fördern, den Umweltschutz fördern	19-11357-01
20	Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)	
21	Mitteilungen (Finanzen)	
22	Anträge (Finanzen)	
22.1	100% Ökostrom für Straßenbahn und E-Busse	19-11570
22.1.1	100% Ökostrom für Straßenbahn und E-Busse	19-11570-01
22.2	Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt	19-11537
22.2.1	Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt	19-11537-01

22.3	Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket	19-11522
22.3.1	Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket	19-11522-01
22.4	Umweltverträglichkeitsprüfung für neues Kraftwerk unabdingbar	19-11483
22.4.1	Infoveranstaltung zur Neuausrichtung der Energieproduktion bei BS Energy Änderungsantrag zu DS 19-11483	19-11613
22.4.2	Umweltverträglichkeitsprüfung für neues Kraftwerk unabdingbar	19-11483-01
22.5	Steuerschulden schließen	19-11168
23	Aktualisierung der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig	19-11582
24	Abschluss einer vierten Vereinbarung mit der Richard Borek Stiftung über die finanzielle Förderung von denkmalpflegerischen Projekten der Stadt Braunschweig für die Jahre 2020 bis 2025	19-11589
25	Zuschüsse zur Pflege des baulichen Kulturgutes	19-11067
26	Elektromobilitätskonzept für den Konzern Stadt Braunschweig - Ziele und Umsetzungsempfehlungen	19-11425
27	Gewährung eines Zuschusses für die Durchführung der Veranstaltung "CYCLE TOUR" am 15. September 2019	19-11358
28	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2.000 €	19-11389
29	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	19-11390
30	Haushaltsvollzug 2018 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-11310
31	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-11314
31.1	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-11314-01

31.1.1	Haushaltsvollzug 2019	19-11314-02
	hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	
32	Beschluss über den konsolidierten Gesamtabchluss 2016 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	19-11349
33	Beteiligung der Stadt Braunschweig an der ITEBO GmbH	19-11473
34	Erwerb von zwei Anteilen an der Braunschweiger Baugenossenschaft eG	19-11377
35	Verlängerung der Übertragung des Namensrechtes für das "Eintracht-Stadion"	19-11252
36	Neuordnung der Grundstücksverhältnisse zum Umbau des Lilienthalplatzes Zustimmung zu Grundstücksgeschäften	19-11258
37	Neuvergabe der Energienetzkonzession für das Medium "Strom" ab dem 1. Januar 2021; Beschluss über die Auswahl des neuen Konzessionärs gemäß den §§ 46 ff. EnWG	19-11508
38	Neuvergabe der Energienetzkonzession für das Medium "Gas" ab dem 1. Januar 2021; Beschluss über die Auswahl des neuen Konzessionärs gemäß den §§ 46 ff. EnWG	19-11510
39	Berragung und Beschluss über weitere Anträge (Fortsetzung)	
39.1	Kein Werben fürs Sterben	19-11521
39.1.1	Kein Werben fürs Sterben	19-11521-01
39.2	Wohnungsbau stärken - Zwangsausschüttung beenden	19-11518
39.3	Keine sachgrundlosen Befristungen	19-11517
40	Anfragen (Finanzen)	
40.1	Gefährliche Überflüge	19-11539
40.1.1	Gefährliche Überflüge	19-11539-01
40.2	Flächenankäufe GGB	19-11512
40.2.1	Flächenankäufe GGB	19-11512-01
40.3	Erschließungen von Baugebieten durch die Nibelungen	19-11515
40.3.1	Erschließungen von Baugebieten durch die Nibelungen	19-11515-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt klar, dass die Tagesordnungspunkte 2-12 insgesamt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln sind und es sich bei der Überschrift „öffentlicher Teil“ über dem Tagesordnungspunkt 5 um ein technisches Versehen handelt. Er erklärt weiterhin, dass der Tagesordnungspunkt 16 „Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle“ (Antrag Nr. 19- 11208) von den Antragstellern für den gesamten Gremienlauf zurückgestellt wird, da zunächst ein geänderter Antrag im Ausschuss für Integrationsfragen behandelt werden soll. Der Tagesordnungspunkt 22.2 „Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt “ (Antrag 19-11537) wird ebenfalls für den gesamten Gremienlauf zurückgestellt. Die Mitteilung zu Tagesordnungspunkt 17.1 „Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände“ hat aus technischen Gründen die Nummer 19-10597-02 erhalten.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Öffentlicher Teil:

13. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

14. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 13.06.2019

Das Protokoll liegt noch nicht vor. Die Abstimmung hierüber erfolgt in der nächsten Sitzung.

15. Mitteilungen (Personal)

15.1. Personalkostenhochrechnung Juli 2019 19-11393

Ergebnis: Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

15.2. Präventionsmaßnahmen zur Reduzierung von Gefährdungen an Feiertagen und bei Festen 19-11366

Ergebnis: Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

15.3. Nebentätigkeiten, Befristungen, Fluktuation 19-11594

Ergebnis: Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

16. Anträge (Personal)

16.1. Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle 19-09970

Der Rat wird gebeten zu beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Anlaufstelle einzurichten, an die sich Opfer von rassis-

tisch oder fremdenfeindlich motivierter Diskriminierung, Bedrohung oder Gewalt wenden können.

Diese Anlaufstelle soll Diskriminierungen erfassen, die Opfer beraten und ihnen ggf. Hilfe vermitteln. Dazu soll neben regelmäßigen Sprechzeiten sowohl eine anonyme Hotline als auch ein Online-Meldeportal implementiert werden. Auf Basis der Auswertung der durch die Anlaufstelle erfassten Sachverhalte sollen durch die Verwaltung geeignete Gegenmaßnahmen identifiziert und ergriffen werden. Über die Tätigkeit soll dem zuständigen Ausschuss ein halbjährlicher Bericht zugeleitet werden.

Zur konkreten Umsetzung (also zum Umfang des Personaleinsatzes, zur Positionierung innerhalb der Verwaltungsstruktur etc.) ist dem Rat bis Ende des Jahres eine Beschlussvorlage zuzuleiten.

Nach dem Zeitraum von einem Jahr soll eine Evaluation stattfinden.

Ergebnis: Der Antrag wird zurückgestellt.

16.1.1. Änderungsantrag: Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle **19-11208**

Der Rat wird gebeten zu beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Anlaufstelle einzurichten, an die sich Opfer von rassistisch oder fremdenfeindlich motivierter Diskriminierung, Bedrohung oder Gewalt wenden können. Diese Anlaufstelle soll Diskriminierungen erfassen, die Opfer beraten und ihnen ggf. Hilfe vermitteln. Dazu soll neben regelmäßigen Sprechzeiten sowohl eine anonyme Hotline als auch ein Online-Meldeportal implementiert werden. Auf Basis der Auswertung der durch die Anlaufstelle erfassten Sachverhalte sollen durch die Verwaltung geeignete Gegenmaßnahmen identifiziert und ergriffen werden.

Eine weitere Aufgabe der Antidiskriminierungsstelle soll die Vernetzung der bereits bestehenden Beratungslandschaft gegen Diskriminierung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sein. Nach Rücksprache mit den entsprechenden freien Trägern können auch Aufgaben als Anlauf- und Koordinierungsstelle übernommen werden.

Über die Tätigkeit soll dem zuständigen Ausschuss ein halbjährlicher Bericht zugeleitet werden. Zur konkreten Umsetzung (also zum Umfang des Personaleinsatzes, zur Positionierung innerhalb der Verwaltungsstruktur etc.) ist dem Rat bis Ende des Jahres eine Beschlussvorlage zuzuleiten. Nach dem Zeitraum von einem Jahr soll eine Evaluation stattfinden.

Ergebnis: Der Antrag wird zurückgestellt

16.1.2. Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle **19-09970-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme wird mit dem Antrag zurückgestellt.

17. Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände **19-10597**

Stadtrat Ruppert erläutert den Inhalt der Vorlage. Ratsfrau Gries bedankt sich für die umfassende Beantwortung des eingereichten Fragenkatalogs. Nach anschließender kontroverser Diskussion bittet Ratsfrau Gries um Zurückstellung der Vorlage, damit die vorgelegten Antworten umfassend geprüft werden können.

Stadtrat Ruppert weist darauf hin, dass die Verwaltung aufgrund des seinerzeit kurzfristig eingereichten Fragenkataloges vor der Sommerpause die Vorlage bereits einmal zurückgezogen habe. Vor dem Hintergrund der potentiellen Gefahr von Personen- und/oder Sachschäden sowie einer möglichen Ausbreitung von Infektionskrankheiten bestehe die Notwen-

digkeit der Reduzierung des Schwarzwildbestandes. Insoweit bittet er, der Vorlage zuzustimmen.

Er erklärt, dass die Ergebnisse der Maßnahmen nach 2 Jahren evaluiert werden sollen und bietet an, weitere offene Fragen in einem gemeinsamen Gespräch noch vor der abschließenden Entscheidung des Rates am 17. September 2019 zu erörtern.

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Vorlage abstimmen.

Geschäftsordnungsantrag: Auf Zurückstellung der Vorlage

Abstimmungsergebnis: Dafür: 5 Dagegen: 8 Enthaltungen: 0

Anschließend wird über die Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

1. Zur Förderung der Fallenjagd beschafft die Stadt eine mobile Kastenfalle und stellt diese der Jägerschaft leihweise zum Einsatz in ausgewählten Braunschweiger Jagdrevieren zur Verfügung.

2. Die dieser Vorlage anliegende Richtlinie wird hiermit beschlossen. Nach ihrer Maßgabe wird künftig für im Stadtgebiet Braunschweig erlegte Frischlinge mit einem Gewicht bis zu 15 kg auf Antrag eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,00 € je Stück gewährt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 8 Dagegen: 4 Enthaltungen: 1

17.1. Unterstützende Maßnahmen zur Reduktion der hohen Schwarzwildbestände 19-10597-02

Ergebnis: Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

18. Zulassungskriterien für die Weiterqualifizierung im Feuerwehrbereich 19-11418

Beschluss:

Für den Aufstieg in die Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Feuerwehr werden die in der Anlage beigefügten Zulassungskriterien vorgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

19. Anfragen (Personal)

19.1. Dienstherrnwechsel zu anderen Kommunen 19-11557

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 19-11557-01 beantwortet.

19.1.1. Dienstherrnwechsel zu anderen Kommunen 19-11557-01

Ergebnis: Die Stellungnahme wird von der Verwaltung verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen

19.2. Versagung, Aufhebung waffenrechtlicher Erlaubnisse - Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit 19-11551

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 19-11551-01 beantwortet.

19.2.1. Versagung, Aufhebung waffenrechtlicher Erlaubnisse - Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit **19-11551-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme wird von der Verwaltung verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen

19.3. Fahrgemeinschaften fördern, den Umweltschutz fördern **19-11357**

Ergebnis: Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 19-11357-01 beantwortet.

19.3.1. Fahrgemeinschaften fördern, den Umweltschutz fördern **19-11357-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme wird von der Verwaltung verlesen und von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen

20. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

21. Mitteilungen (Finanzen)

22. Anträge (Finanzen)

22.1. 100% Ökostrom für Straßenbahn und E-Busse **19-11570**

Braunschweiger Straßenbahnen und Elektrobusse sollen im Laufe des Jahres 2021 mit 100% Strom aus erneuerbaren Quellen (Ökostrom) fahren.

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die Nutzung von 100% Ökostrom, im Verlauf des Jahres 2021 für den Betrieb der Straßenbahnen und Elektrobusse, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

22.1.1. 100% Ökostrom für Straßenbahn und E-Busse **19-11570-01**

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

22.2. Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt **19-11537**

„Der Rat möge beschließen:

1. Zukünftig verfolgt die Stadt Braunschweig die Strategie, die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten im Wohnbereich zu erhöhen. Dazu werden die Grundstücksgesellschaft Braun-

schweig und die Nibelungen Wohnbau gestärkt.

2. Von 2020 - 2025 sollen jährlich mindestens 100.000 m² bebaubare Grundstücksfläche von der Stadt bzw. der Grundstücksgesellschaft oder der Nibelungen erworben und selber entwickelt werden. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten. Um den Erwerb planungsrechtlich abzusichern, wird ein besonderes Vorkaufsrecht über alle in Frage kommenden Grundstücke erlassen.

3. Von 2020 - 2025 sollen jährlich mindestens 1.300 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau in Braunschweig neu entstehen. Über die Zielerreichung ist dem Rat- über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten.

4. Allen privaten Eigentümern, die beantragen, dass nicht bebaubare Grundstücke planungsrechtlich in Bauland umgewandelt werden, sollen Kaufangebote für Teilflächen vor der planungsrechtlichen Umwandlung gemacht werden.

5. Eine Veräußerung städtischer Grundstücke vor der planungsrechtlichen Umwandlung in Bauland wird zukünftig ausgeschlossen.

6. Eine Milieuschutzsatzung für besonders von Mietsteigerung betroffenen Stadtteile wird von der Verwaltung erstellt und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt.

7. Die Zahl der gebundenen Wohneinheiten soll bis 2023 auf 4.500 gesteigert werden. Über die Zielerreichung ist dem Rat - über seine Ausschüsse - jährlich zu berichten.“

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

22.2.1.Wohnungsnot: Taten sind endlich gefragt

19-11537-01

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Die Stellungnahme beinhaltet auch die Antwort zum TOP 39.2

22.3. Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket

19-11522

Die Einschränkung der Nutzungszeit des BS-Mobil-Tickets wird dauerhaft aufgehoben. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH die dauerhafte Aufhebung der zeitlichen Nutzungseinschränkung zu beschließen.

Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 4 Dagegen: 4 Enthaltungen: 4

Ursprungsantrag:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 5 Dagegen: 7 Enthaltungen: 0 abgelehnt

22.3.1.Aufhebung Nutzungseinschränkung Mobil-Ticket

19-11522-01

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

22.4. Umweltverträglichkeitsprüfung für neues Kraftwerk unabdingbar

19-11483

Der Rat beschließt:

1. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für den Umbau (inkl. Neubau eines mit Altholz betriebenen Biomasse-Kraftwerks) ist unverzichtbar.
2. Die städtischen Vertreter in den Gremien von BS-Energy werden beauftragt, ihre Sperrminorität auszuüben und als Grundvoraussetzung und Bedingung für den Bau des neuen Biomassekraftwerks die Durchführung einer UVP zu verlangen.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 1 Dagegen: 11 Enthaltungen: 0 abgelehnt

22.4.1. Infoveranstaltung zur Neuausrichtung der Energieproduktion bei BS|Energy Änderungsantrag zu DS 19-11483

19-11613

Die Verwaltung wird darum gebeten, möglichst zeitnah eine Infoveranstaltung zu organisieren und durchzuführen, bei der ausführlich über die geplante Neuausrichtung der Energieproduktion bei BS|Energy informiert wird. Bei dieser Veranstaltung sollten Vertreter*innen von BS|Energy und/oder Veolia ausführlich über die Umstellung des jetzigen Kohlekraftwerkes auf die Verbrennung von Altholz und die sich daraus ergebenden Konsequenzen berichten. Zu diesen Konsequenzen gehören u.a. auch die Auswirkungen auf Umwelt- und Klimaschutz. Insbesondere könnte ein detaillierter Vergleich der Emissionen des jetzigen Kohlekraftwerkes mit dem zu erwartenden Schadstoffausstoß des künftigen sog. Altholzkraftwerkes hilfreich sein, um Vor- bzw. Nachteile der geplanten Investitionen besser verstehen und einschätzen zu können.

Diese Infoveranstaltung sollte zumindest ratsöffentlich sein. Sollte dem von Seiten der Unternehmen BS|Energy oder Veolia nichts entgegenstehen, kann eine solche Infoveranstaltung aber auch für weitere interessierte Bürger*innen geöffnet werden.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 11 Dagegen: 1 Enthaltungen: 1

22.4.2. Umweltverträglichkeitsprüfung für neues Kraftwerk unabdingbar

19-11483-01

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

22.5. Steuerschlupflöcher schließen

19-11168

Herr Geiger weist auf die ursprüngliche Stellungnahme hin 19-11168-01 und dass diese im Allris verknüpft wird.

Die Rat begrüßt das Engagement der Großen Koalition für mehr Steuergerechtigkeit bei multinationalen Konzernen, wie Finanzminister Scholz es anlässlich eines G20Treffens in Fukuoka, Japan, vertrat. Diese wegweisenden Aktivitäten könnten auch kommunal unterstützt werden.

Daher bittet der Rat die Verwaltung,

1. Vorschläge zu unterbreiten, wie grundsätzlich auch alle in Braunschweig arbeitenden Un-

- A. Der als Anlage beigefügte Bericht „Elektromobilitätskonzept für den Konzern Stadt Braunschweig“ wird als zentrale Arbeitsgrundlage zustimmend zur Kenntnis genommen.
- B. Die im Elektromobilitätskonzept (Bericht Seite 68 - 80) definierten 20 Kernmaßnahmen sowie 4 Maßnahmen zur Mitarbeitermobilität bilden den zukünftigen konzeptionellen Orientierungs- und Entscheidungsrahmen für Rat und Verwaltung im Hinblick auf die Organisation dienstlicher Mobilität und dienen als Richtschnur für das zukünftige Verwaltungshandeln.
- C. In die Umsetzungsphase des Konzeptes wird ein ständiger mitarbeiterorientierter Evaluierungsprozess für ausgewählte Einzelmaßnahmen integriert.
- D. Die Umsetzung des Mobilitätskonzeptes obliegt dem Fachbereich Stadtgrün und Sport. Hierfür ist zeitnah die dauerhafte Bereitstellung personeller Ressourcen notwendig. Deshalb wird dem Fachbereich aus der Stellenplanreserve 2019 kurzfristig eine E-12-Stelle „dienstliches Mobilitätsmanagement“ zur Verfügung gestellt, um zeitnah mit der Umsetzung beginnen zu können. Eine Kompensation erfolgt innerhalb des Stellenplans von FB 67, indem andere Aufgaben in entsprechendem Umfang zurückgestellt werden.
- E. Das Elektromobilitätskonzept soll in der mittelfristigen Perspektive nicht zu einer Haushaltsausweitung führen. Den anfänglich höheren Kosten im Investitions- und Aufwandsbereich stehen im Verlauf der Projektumsetzung diverse Einspareffekte in jährlich sechsstelliger Höhe gegenüber wie im Bericht auf den Seiten 65 bis 67 dargestellt.

2.) Zukünftiges Verfahren

- A. Die Verwaltung berichtet ab Beschlussfassung über das E-Mobilitätskonzept den zuständigen politischen Gremien kontinuierlich über den Stand der Umsetzung der 24 Maßnahmen und schlägt erforderlichenfalls Änderungen und Ergänzungen vor.
- B. Für einen Zeitraum von zunächst 3 Jahren erstellt die Verwaltung ein Arbeitsprogramm, welche Maßnahmen in diesem Zeitraum prioritär umgesetzt werden sollen. Zur weiteren Umsetzung des Ratsauftrags legt die Verwaltung vor Ablauf des Jahres 2022 einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen ab dem Jahr 2023 vor.

3.) Arbeitsprogramm 2020 - 2022

- Organisatorische Bündelung/Zentralisierung der Verwaltung des gesamten städtischen Fuhrparks (PKW, leichte und schwere Nutzfahrzeuge, Arbeitsmaschinen usw. mit Ausnahme des Fahrzeug- und Arbeitsmaschinenbestandes des FB 37) einschließlich der Anerkennung der dienstlich genutzten Privat-PKW
- Beschaffung einer Fuhrparkmanagementsoftware in Verbindung mit der Einführung einer verwaltungsweiten zentralen Reparaturkostensteuerung und eines Schadensmanagements
- Pooling und Sharing von Dienstfahrzeugen (E-PKW/Pedelecs) an den Pilotstandorten „Rathauskomplex“ und Augustastraße/Aegidienmarkt (FB 65/FB 67) und ggfs. an weiteren Standorten einschließlich der erforderlichen Spitzenlastabdeckung
- Aufbau der Ladeinfrastruktur an den Pilotstandorten unter Einbezug staatlicher Förderprogramme

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 31. Haushaltsvollzug 2019** **19-11314**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

**Abstimmung über die Hauptvorlage sowie Ergänzungen 01 und 02 in der Fassung 02.
Ergebnis siehe TOP 31.1.1**

- 31.1. Haushaltsvollzug 2019** **19-11314-01**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

- 31.1.1.Haushaltsvollzug 2019** **19-11314-02**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 32. Beschluss über den konsolidierten Gesamtabchluss 2016 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** **19-11349**

Beschluss:

„Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des konsolidierten Gesamtabchlusses 2016 durch den Oberbürgermeister und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht über die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2016 wird der konsolidierte Gesamtabschluss 2016 beschlossen.“

39.3. Keine sachgrundlosen Befristungen

19-11517

Ratsherr Sommerfeld hält die vorliegenden Informationen für nicht ausreichend und stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf passieren lassen.

Herr Geiger bietet an, dass die Verwaltung weitere Informationen aus den Gesellschaften einholen wird und weist gleichzeitig daraufhin, dass dies nicht bis zum VA bzw. Rat möglich sei.

Beschlussvorschlag:

Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften werden angewiesen, die Geschäftsführungen zu veranlassen, in den Gesellschafterversammlungen den folgenden Beschluss zu fassen:

Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge werden nicht abgeschlossen. Aktuell laufende sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse werden in unbefristete umgewandelt.

Passieren lassen:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

40. Anfragen (Finanzen)

40.1. Gefährliche Überflüge

19-11539

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 19-11539-01 beantwortet.

40.1.1. Gefährliche Überflüge

19-11539-01

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

40.2. Flächenankäufe GGB

19-11512

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 19-11512-01 beantwortet.

40.2.1. Flächenankäufe GGB

19-11512-01

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

40.3. Erschließungen von Baugebieten durch die Nibelungen

19-11515

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 19-11515-01 beantwortet..

40.3.1. Erschließungen von Baugebieten durch die Nibelungen

19-11515-01

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Flake
Vorsitzender

Geiger
Erster Stadtrat

Roßmann
Schriftführer Finanzen

Ruppert
Stadtrat

Schmidt
Schriftführerin Personal